Nummer 448

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 72. Jahrgang Sonnabend, 25. September 1926

Bemühungen um die Große Koalition.

Der „Reichsdienst der deutschen Presse" meldete gestern, die Deutsche Volkspartei im preußischen Landtag sei an das Zentrum wegen Verbreiterung der Regierungskoalition herangetreten. Wie wir erfahren, trifft dies nicht zu. Nicht von seiten der Volkspartei, sondern umgekehrt aus Zentrumskreisen ist an die Deutsche Volkspartei mit diesem Gedanken herangetreten worden. Es handelt sich jedoch bisher lediglich um private Schritte einiger Herren. Weder die Zentrumsfraktion noch die Deutsche Volkspartei haben sich bis heute in irgendeiner Weise mit der Angelegenheit beschäftigt.

*

Der Parlamentsdienst der Telegraphen-Union erfährt dazu noch von anderer Seite: „Die Fraktionen treten erst am 6. Oktober wieder zusammen, sodaß irgendwelche Entscheidungen bis zum Parteitag der Deutschen Volkspartei in Köln, der vom 30. September bis 3. Oktober stattfindet, nicht erfolgen können. Der Reichsparteitag selbst hat mit der Frage der Regierungsbildung in Preußen nichts zu tun und wird auch dazu nicht Stellung nehmen. Es handelt sich bei den Besprechungen, wenn sie stattfinden sollten, nur um eine persönliche Fühlungnahme zwischen den Abgeordneten Dr. Heß (Z.) und Dr. Leidig (D. Vp.). Die Frage der Initiative in dieser Angelegenheit spielt, wie erklärt wird, keine Rolle, weil alle Parteien in Preußen davon überzeugt sind, daß in der Frage der Regierungsbildung irgend etwas geschehen muß, da die jetzige Regierungshaft sich bei wichtigen Entscheidungen als zu klein erwiesen hat."

Liebenswürdige Worte des Berliner amerikanischen Botschafters.

TU New-York, 25. September.

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Sherman, gab nach seiner Ankunft in Amerika folgende Erklärungen ab: Deutschland sei augenblicklich der Führer zum europäischen Frieden. Die Friedensaussichten seien niemals so günstig gewesen wie jetzt. Deutschland gebe allen, die ihm früher feindlich gegenüberstanden hätten, ein gutes Beispiel, was ihm hoch angerechnet werden müsse. Deutschlands guter Wille stehe, wie seine Taten bewiesen, völlig außer Zweifel. Der beste Beweis seien die prompten Reparationszahlungen. Als Anerkennung dafür sei Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund aufgenommen worden. Wirtschaftlich und finanziell erstarke Deutschland immer mehr. Die republikanische Staatsform sei nunmehr fest begründet, und es seien weder von rechts noch von links Putsche zu befürchten. Reichspräsident v. Hindenburg sei in allen Volksteilen äußerst beliebt und daher eine der stärksten Stützen des Staates. Deutschlands Beziehungen zu Amerika seien die allerbesten, und es läge kein Grund vor, daß hierin ein Wandel eintreten könne. Die Freundschaft könne noch dadurch gefestigt werden, wenn recht viele Amerikaner Deutschland und recht viele Deutsche Amerika besuchen würden.

Englische Blätterstimmen zu Hindenburgs Haltung gegenüber Thoiry.

London, 25. September.

Die einstimmige Billigung der Verhandlungen Dr. Stresemanns mit Briand durch das deutsche Reichskabinett und seine Ermächtigung zur Fortführung dieser Verhandlungen werden von der Presse viel beachtet. „Daily Chronicle" betont in einem Berliner Bericht, daß die Politik des Reichskabinetts gestärkt werde durch die Tatsache, daß Reichspräsident von Hindenburg seine Billigung in einer Weise zum Ausdruck gebracht habe, die zeigte, daß diese Billigung nicht nur eine formelle Ausübung seiner verfassungsmäßigen Pflichten als Präsident der Republik gegenüber der Regierung des Tages sei.

Vor der Bestätigung Dorpmüllers.

TU Berlin, 25. September.

Zu der Meldung, daß das Reichskabinett die Bestätigung des Generaldirektors der Reichsbahn, Dr. Dorpmüllers, in den nächsten Tagen vollziehen wird, hören wir, daß man sich in maßgebenden Kreisen nicht länger der Ansicht verschließt, daß schon mit Rücksicht auf die Auswirkungen der Thoiry-Verhandlungen, bei denen ja doch die Reichsbahn, insbesondere die Frage der Mobilisierung der Reichsbahnobligationen, eine wichtige Rolle spielt, das gegenwärtige Interregnum beendet werden müsse, um den Schlußfolgerungen, die man bereits verschiedentlich in ausländischen Kreisen über die lange Hinausögerung der Bestätigung Dr. Dorpmüllers gezogen hatte, nachdrücklichst entgegentreten zu können.

Deutschland muß 77000 Pfund an den Völkerbund zahlen.

TU London, 25. September.

Der deutsche Beitrag für das Völkerbundsbudget für 1926 ist nunmehr endgültig festgesetzt worden. Deutschland wird danach die gleiche Annuität zahlen wie Frankreich, d. h. 76 800 Pfund. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" bemerkt dazu, Deutschland würde eine höhere Annuität als Frankreich zu zahlen gehabt haben, wenn nicht dieses Einspruch dagegen erhoben hätte mit der Begründung, daß das französische Prestige Schaden erleiden könne, wenn das Deutsche Reich als auf einem höheren finanziellen Niveau als Frankreich stehend eingeschätzt werden würde.

Wie England Italien zu sich heranzieht.

EP London, 25. September.

Am Vorabend der Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Mussolini beschäftigt sich die englische Presse ausführlich mit den Bestrebungen der englischen Politik und den italienisch-englischen Gegensätzen. Zunächst bringt der „Times"-Korrespondent eine Uebersicht dessen, was sich gelegentlich der Session des Völkerbundes hinter den Kulissen ereignet hat. Danach hat Italien die Gelegenheit der bulgarischen Flüchtlingsanleihe wahrgenommen, um sich Bulgarien zu nähern und es sich zu Dank zu verpflichten. Dieser Vorgang bedeute einen neuen Wendepunkt in der italienischen Balkanpolitik, insbesondere in den Bemühungen,

Südslawien zu isolieren,

nachdem der Vertrag von Rom von 1924 für Italien nicht den gewünschten Erfolg gebracht hätte. Mussolini und sein Gehilfe Grandi hätten erkannt, daß die versöhnliche Politik gegenüber Südslawien ein Fehler gewesen wäre. In diesem Lichte müsse man den rumänisch-italienischen Vertrag, die Bemühungen Italiens, sich in Albanien eine Einflußzone zu sichern, den Ausbau der südslawischen Bahn nach Cattaro zu verhindern und mit Ungarn auf freundschaftlichem Fuße zu verbleiben, ansehen. Demgegenüber liege die Bedeutung der Zusammenkunft zwischen Briand, Mnifschitsch und Buroff darin, daß es der französischen Politik gelungen sei, nicht an einer Verständigung zwischen Südslawien und Bulgarien indirekt mitzuwirken, sondern auch dieses Problem im Weisein des französischen Staatsmannes besprochen zu haben. Die Verhandlungen seien in einem äußerst günstigen Moment aufgenommen worden, angeblich gerade dann, als sich die südslawische Politik von Italien etwas freier machen wollte. Diesen Bestrebungen sei auch die Annäherung Südslawiens an Ungarn zu danken, die so weit gegangen ist, daß Südslawien Ungarn eine freie Zone von 10 Kilometern im Hafen von Spalato angeboten habe.

London, 25. September.

Der Berichterstatter des „Daily Telegraph" in Rom schreibt, eine Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Mussolini werde anscheinend von sehr weiten Kreisen in Rom stark gewünscht. Eine hervorragende Persönlichkeit versicherte dem Korrespondenten, daß die Zusammenkunft, falls sie stattfinden sollte, zur Erörterung einer neuen Phase in den Beziehungen zwischen Italien und Großbritannien, die Mussolini während der letzten Tage ernstlich erwogen habe, führen könne. Die Gewohnheit Mussolinis, rasche Beschlüsse zu fassen, sei wohl bekannt. Der Berichterstatter meldet weiter, der Plan, der Chamberlain unterbreitet werden solle, sehe den Abschluß eines Vertrages der Freundschaft und gegenseitiger freundschaftlicher Unterstützung

in allen das Mittelmeer und die allgemeine europäische Politik betreffenden Fragen

zwischen Großbritannien und Italien vor. Der in Aussicht genommene Vertrag würde eine viel größere Reichweite haben und viel tiefere Interessen berühren, als die anderen bisher zwischen Italien und seinen unmittelbaren Nachbarn abgeschlossenen Freundschaftsverträge oder als der letzte mit Rumänien unterzeichnete Vertrag.

Die Gründe, die Mussolini beeinflussen, so wurde dem Berichterstatter erklärt, seien augenscheinlich. Die Anwendung des Locarnopaktes und seine weitere in den Besprechungen zwischen Briand und Stresemann in Thoiry vorgeschlagene Entwicklung sei dazu angetan, die europäische Lage, wie sie durch den Versailler Vertrag und die anderen unmittelbar nach dem Waffenstillstand mit den vormaligen feindlichen Mächten abgeschlossenen Verträge geschaffen wurde, vollständig umzugestalten. Dies sei wenigstens die Ansicht des italienischen Premierministers. Italien werde unmittelbar an einer der Folgen, die für nicht unmöglich oder nicht einmal für unwahrscheinlich angesehen werden, interessiert sein, wenn die Besprechungen von Thoiry zu einem wirksamen Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich reiften. Dem Berichterstatter wurde von der Persönlichkeit, die ihn unterrichtete, mitgeteilt, Italien sei in diesem Falle gezwungen, die Haltung Frankreichs und infolgedessen auch die seiner „Trabanten" Polen und der Tschechoslowakei gegenüber einem

Anschluß Oesterreichs an Deutschland,

den der Vertrag von Versailles verbiete, in Rechnung zu ziehen. Die Möglichkeit eines solchen Anschlusses werde bereits in Rom angenommen und seine Ergebnisse müßten gewürdigt werden. Ein Anschluß Oesterreichs an Deutschland würde, sollte er zustande kommen, für Frankreich nur die Hinzufügung weiterer sieben oder acht Millionen zu der Bevölkerung Deutschlands bedeuten. Aber für Italien würde er bedeuten, daß, während es jetzt nur sieben Millionen Oesterreicher (von deutscher Rasse) zu Nachbarn hat, es in Zukunft an seiner Grenze eine Bevölkerung von 72 Millionen Deutsche haben würde und die Grenze Deutschlands von Bayern nach dem Brenner verlegt würde. Statt eines schwachen Oesterreich, das an seiner Grenze steht, würde es jenseits des Brenner die Macht Deutschlands sehen. Italien sei bisher gezwungen gewesen, es für sicher hinzunehmen, daß es sowohl von Frankreich als auch von den beiden Frankreich freundlich gesinnten Mächten, nämlich Polen und der Tschechoslowakei, in seinem auf feierlichen Vertragsbestimmungen gegründeten Veto unterstützt werden würde. Aber sollte ein neuer Plan zu einem freundschaftlichen Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland entstehen, so würde einer der Pfeiler der italienischen Politik untergraben werden. In diesem Falle, so erklärte die Persönlichkeit, die den Korrespondenten unterrichtete, sei es nur natürlich, daß Italien seinerseits die

Möglichkeit einer Neugruppierung

in Betracht ziehe. Daher auch der Gedanke eines engeren Einvernehmens mit Großbritannien, der die Aufmerksamkeit in Rom in Anspruch nehme.

Das polnische Kabinett zurückgetreten.

Wegen der Mißtrauensvoten gegen Innen- und Unterrichtsminister.

Warschau, 25. September.

Die seit Tagen drohende Regierungskrise ist nun mehr doch noch gestern abend zum Ausbruch gekommen. Die Rechtsparteien haben es zwar vorgezogen, einem Kampf mit Pilsudski selbst aus dem Wege zu gehen, doch haben sie ihren Vorstoß gegen den Minister des Innern, Modzianowski, und Unterrichtsminister Sukowski durchgeführt. Zum Schluß der Sejmsitzung wurden wie angekündigt, zwei Mißtrauensanträge gegen diese beiden Minister eingebracht, die mit 176 gegen 82 beziehungsweise mit 158 gegen 82 Stimmen angenommen wurden. Darauf wurde die Sejmsitzung auf morgen vertagt. Die beiden Minister reichten sofort ihre Rücktrittsgesuche ein. Das Kabinett trat gegen ½12 Uhr zu einer Sitzung zusammen und beschloß, die Gesamtdemission einzureichen. Der Staatspräsident hat die Demission angenommen und die bisherige Regierung mit Weiterführung der Geschäfte betraut.

Ueber die vermutliche Weiterentwicklung der Lage

herrscht zurzeit noch Unsicherheit. Der größte Teil der Pilsudski nahestehenden Presse rechnet damit, daß der Präsident der Republik im Laufe des morgigen Tages Bartel mit der Neubildung der Regierung betrauen wird, eine Auffassung, die übrigens auch von der Oppositionspresse geteilt wird. Ein dem Marschall Pilsudski nahestehendes Blatt behauptet allerdings, daß man in politischen Kreisen den Gedanken eines Kabinetts Pilsudski erwäge. Eine grundsätzliche Aenderung des Kurses wird nicht erwartet.

r Posen, 25. September.

Zu den Vorgängen im Sejm schreibt der Warschauer Berichterstatter des „Posener Tageblattes": „Die Gegner der Regierung hatten es bei der Lage der Verhältnisse nicht schwer, sachliche Gründe gegen die Wünsche der Regierung und vor allem des Finanzministers nach einer Erhöhung der Ausgaben für das Budget des vierten Quartals vorzubringen. An der Spitze der Opposition stand einer der besten Fachmänner, der frühere Finanzminister und langjährige vorzügliche Budgetreferent Zdziechowski. Dieser hat nun aber eine Rede gehalten, die die finanziellen Angelegenheiten nur nebensächlich behandelte und die ganz und gar parteipolitisch eingestellt war. Man hat in den Worten, die Zdziechowski gegen die Regierung Bartel richtete, deutlich den Haß erkennen können, den die Rechte gegen das jetzige Regime im Herzen trägt, und der nur den passenden Augenblick abwartet, um sich Luft zu machen und zu Taten schreiten zu können. Zdziechowski sagte sogar wörtlich: „Wir müssen geduldig unsere Zeit abwarten. Denn wenn es erst einmal zu einer Krise kommt, so ist das keine Regierungskrise mehr, sondern eine Landeskrise; dann entscheidet nicht das Parlament in einer Abstimmung, sondern das ganze Land über sein Geschick! Ich spreche hier durch die Wände hindurch zu denen, die sich organisieren, um im gegebenen Augenblick handeln zu können, wenn die Regierung fällt!" Diese Sprache Zdziechowskis ist klar genug. Sie kündigt an, daß ein siegreicher Kampf gegen die Regierung den Kampf gegen Pilsudski nach sich ziehen werde, und da dieser Kampf nicht einseitig ist, so haben wir alle Aussichten auf Ereignisse, die einer Gegenrevolution auf ein Haar gleichen werden.

Der Verzweiflungskampf der Syrier.

EP London, 25. September.

Die Aufständischen in Syrien haben in den Straßen von Damaskus Anschläge angebracht, in denen sie die Einwohner auffordern, sie zu unterstützen. Es wird von der „Times" bestätigt, daß der Stamm Hauran sich den Aufständischen angeschlossen hat. Das sei um so bezeichnender, als sie sich seinerzeit einer Verbindung gegenüber ablehnend verhalten haben. Berichte aus Aleppo besagen, daß drei große Abteilungen Aufständischer letzthin wieder mehrere Vorstöße ausgeführt haben.

— **Erneute Ablehnung des Ersuchens des Episkopats durch die mexikanische Kammer.** Die Abgeordnetenkammer in Mexiko hat mit 171 gegen eine Stimme wiederum das Ersuchen des römisch-katholischen Episkopates, betreffend Wanderung oder Aufhebung einiger der religiösen Bestimmungen der mexikanischen Verfassung abgelehnt.

Eine Locarno-Resolution der Völkerbundsversammlung.

Die Locarno-Grundsätze sollen von allen Nationen in die Praxis umgesetzt werden.

Genf, 25. September.

Die Völkerbundsversammlung, die heute nachmittag ihre Schlußsitzung abhalten wird, nahm in ihrer Vormittagssitzung zunächst die Berichte von Markowitsch-Jugoslawien und Motta-Schweiz entgegen, die diese im Auftrag der beiden Versammlungsausschüsse für Abrüstungsfragen und für Rechtsfragen zur Begründung einer Resolution mit der Empfehlung des Abschlusses von Regionalverträgen nach dem Muster und den Grundsätzen der Locarnoverträge erstatteten. Diese Entschließung besagt in ihrem wesentlichen Teil:

„Die Völkerbundsversammlung unterstreicht im besonderen die Bedeutung der Verträge von Locarno, deren Inkrafttreten durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund möglich geworden ist und deren hauptsächliches Ziel in der Sicherung des Friedens in einem der empfindlichsten Gebiete Europas besteht. Sie sieht in diesen Verträgen einen erheblichen Fortschritt zur Herstellung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Nationen. Sie ist ferner überzeugt, daß die allgemeinen Ideen, die sich aus den Bestimmungen der Locarnoverträge herleiten lassen, insofern sie das Schlichtungs- und Schiedsverfahren und die Sicherheit durch die gegenseitige Garantie der Staaten gegen jeden unprovozierten Angriff organisieren, dazu angetan sind,

unter die fundamentalen Regeln aufgenommen

zu werden, die die auswärtige Politik jeder zivilisierten Nation leiten müssen. Die Versammlung spricht die Hoffnung aus, daß diese Grundsätze von allen Staaten anerkannt werden und daß sie so bald wie möglich von allen Staaten, die am Abschluß solcher Verträge interessiert sind, in die Praxis umgesetzt werden und fordert den Völkerbundsrat auf, den Völkerbundsstaaten die praktische Verwirklichung dieser Grundsätze zu empfehlen und eventuell seine guten Dienste behufs Abschluß geeigneter Verträge anzubieten, um derart das Vertrauen und die Sicherheit, unentbehrliche Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens herzustellen und auf diese Weise die Herabsetzung und die Beschränkung der Rüstungen aller Staaten zu erleichtern."

Markowitsch gab in seiner Begründung der Auffassung Ausdruck, daß der Friede dauernd gesichert würde, wenn man die Grundsätze der Locarnoverträge in ein allgemeines System bringen könnte. Mit der von Deutschland, Frankreich und Belgien übernommenen Verpflichtung, auftauchende Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem Wege zu regeln, zeigen diese Länder allen Staaten den Weg, den sie in der praktischen Außenpolitik einschlagen müssen. Er betonte ferner, daß der Versammlungsausschuß für Abrüstungsfragen in der vorliegenden Resolution zu den Locarnoverträgen nur nach politischen Gesichtspunkten Stellung genommen habe, ohne in Einzelheiten einzugehen und daß dementsprechend die vorgeschlagene Resolution rein politischen Charakter habe.

Motta als Berichterstatter des Rechtsausschusses erklärte ebenfalls, daß auch nach der Auffassung des Rechtsausschusses die vorliegende Resolution rein politischen Charakter trage. Unter Bezugnahme auf den von Finnland vorgestern gemachten Vorstoß gegen die in Locarno gegebene Auslegung des Artikels 15 der Völkerbundssatzung fügte Motta hinzu, daß mit der Annahme der Resolution nur allgemeine Grundsätze, die in den Verträgen von Locarno niedergelegt sind, empfohlen werden.

Als einziger Diskussionsredner meldete sich der schwedische Delegierte zum Wort, um zu erklären, daß die schwedische Delegation bereit sei, der Resolution voll zuzustimmen. Es wäre wünschenswert, daß die in den wichtigen Verträgen von Locarno enthaltenen Grundsätze in ähnlichen Verträgen zwischen anderen Staaten ebenfalls angewandt werden. Die schwedische Delegation lege jedoch besonderen Wert auf die Bedeutung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit für alle auftretenden Streitfragen. Schweden selbst habe mit Dänemark, Norwegen und Finnland solche Verträge abgeschlossen, die in der Frage der allgemeinen obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit über das in Locarno geschaffene Schiedssystem hinausgehen. Schweden sehe aber in den Locarnoverträgen einen ganz wesentlichen Fortschritt und stimme deshalb der Resolution ohne Vorbehalt und mit lebhafter Genugtung zu.

Caffin-Frankreich betonte in einer kurzen Erklärung die volle Zustimmung Frankreichs zu der Resolution, und zwar nicht nur deswegen, weil Frankreich zu den Unterzeichnern der Locarnoverträge gehöre, sondern aus Gründen prinzipieller Natur und dem Wunsche,

Die vorliegende Zeitung enthält auf Seite 4 die Beilage

Die Steuerpraxis Nr. 20.